

Summary von Karl-Heinz Heinemann

Podiumsdiskussion: Das Bundesausbildungsförderungsgesetz – Eine Erfolgsgeschichte?

Prof. Dr. Rolf Dobischat, Präsident des Deutschen Studentenwerks

Kai Gehring, MdB, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag

Volker Schneider, MdB, Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Dr. Ernst-Dieter Rossmann, MdB, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Jana Fischer, Sprecherin des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW

Moderation: Karl-Heinz Heinemann, Journalist

Dienstag, 28. August 2007, 16.30-18.30 Uhr

Dass die Bafög-Sätze und Freibeträge nach sechs Jahren dringend an die steigenden Preise angepasst, d.h. um mindestens zehn Prozent angehoben werden müssen, das war unter den drei Bundestagsabgeordneten, der GEW-Vertreterin Jana Fischer und den DSW-Präsidenten Rolf Dobischat unstrittig. Die Anpassung werde spätestens 2008 kommen, war sich Ernst-Dieter Rossmann von der SPD-Bundestagsfraktion sicher. Doch das wird nicht ausreichen, um wieder mehr Kinder aus Nichtakademiker-Familien zum Studieren zu bewegen. Kai Gehring von den Grünen, Ernst-Dieter Rossmann aus der SPD-Fraktion und Volker Schneider als Vertreter der Linken im Bundestag sind sich einig mit GEW und Studentenwerk, dass Studiengebühren wieder abgeschafft werden müssen. Doch wie soll die individuelle Studienförderung künftig aussehen? Familienunabhängig als eine Art Studentengehalt? Ohne wenn und aber tritt Volker Schneider von der Linken dafür ein. Für Ernst-Dieter Rossmann ist das weder bezahlbar noch entspreche es der Sozialstaatsauffassung, dass eben nicht allen, sondern den Bedürftigen geholfen werden müsse.

Die Ausbildungsfinanzierung muss sich einstellen auf die neue Studienstruktur, also Bachelor und Master, auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen. Die Grenzen zwischen beruflicher und akademischer Weiterbildung sind fließend. Master und Meister müssen gleich behandelt werden. Für Weiterbildungsstudiengänge verbietet sich eine Bindung an das Elterneinkommen. Also: allen ein Stipendium? Studienkredite? Kann die Wirtschaft stärker herangezogen werden, wie Rolf Dobischat forderte?

Viele offene Fragen also. Konservative und liberale Bildungspolitiker würden eine Kreditfinanzierung der staatlichen Ausbildungsbeihilfe vorziehen. Dem müsse man entgegenreten, darin waren sich die anwesenden Politiker mit der Gewerkschaft und dem Studentenwerk einig. Es dürfe keine weitere Entstaatlichung und Privatisierung der Bildung geben. Gerade hat die Bundesregierung eine Qualifizierungsoffensive ausgerufen. Ein erster und wichtiger Schritt wäre es, durch großzügige Ausbildungsbeihilfen und Gebührenfreiheit mehr Kinder aus bisher bildungsfernen Schichten für eine Hochschulausbildung zu gewinnen.